



STADTBILD-WAHLPRÜFSTEINE OB-WAHL 2026

– ANTWORTEN –

Versand 29.01.

Termin 12.02. Tammert, Arpaschi, TeamTietke (Jung)

Erinnerung 12.02.

Eingang 16.02 Team Lencke (Wischhusen)

Eingang 18.02 Hertweck

Eingang 22.02. Rahner

1. Für das beschlossene Forum Welterbe gilt derzeit: Die Verwaltung will großzügig planen – Private sollen zahlen. Sehen Sie sich beim Welterbe auch als Bittsteller, oder wollen Sie eigene Initiative entwickeln?

Arpaschi: Natürlich will ich Initiative entwickeln, was das Welterbe angeht. Das Welterbe muss eng in die Marketingmaßnahmen der gesamten Stadt unter dem Motto „Natur – Kultur – Wein“ eingebunden werden.

Jung: Das Welterbe ist die zentrale Marke für Baden-Baden. Selbstverständlich möchte ich eigene Initiativen entwickeln, um diese Marke besser zu positionieren. Ich sehe die Stadt dabei nicht als Bittsteller, sondern als aktiven Gestalter und Moderator. Ich kann mir ein partnerschaftliches Finanzierungsmodell für das Forum Welterbe vorstellen, etwa die Einrichtung eines Welterbe-Fonds mit einer Mischung aus städtischen Mitteln, staatlicher Förderung, Spenden und Sponsoring. Beiträge von Gästen wie ein Welterbe-Euro nach dem Vorbild von Bamberg könnten eine Ergänzung sein.

Hertweck: Wie wir diesen Anspruch ausgestalten, müssen wir, unter Beachtung der Bedeutung UNESCO Welterbe, erstmal klar definieren, auch unter dem Gesichtspunkt der gesamthaften Ausrichtung der „Marke“ Baden-Baden anhand einzigartiger, für Baden-Baden charakteristischer Alleinstellungsmerkmale wie z.B. Natürliche Quelle, Galopprennen, Kurhaus mit Spielcasino. In diesem Zusammenhang stehe ich überzogenen Denkmalschutzanforderungen sehr kritisch gegenüber. Bewahren ja, aber mit vernünftiger wirtschaftlicher Tragfähigkeit, eben mit Augenmaß. Im Welterbe sehe ich großen Handlungs- und Gestaltungsspielraum, der jedoch nicht durch ideologische Einzelinteressen oder rein kommerziell, z.B. durch private Finanzierung, definiert werden darf.

Wischhusen: Das Welterbe ist eine große Chance und Verpflichtung zugleich. Ich sehe die Stadt hier nicht als Bittstellerin, sondern als aktive Gestalterin. Gemeinsam mit Land, Bund und privaten Partnern möchte ich ein tragfähiges Zukunftskonzept entwickeln, das das Welterbe für Bürger und Gäste stärker erlebbar macht und zugleich wirtschaftliche Impulse setzt. Dazu gehören eine klare Projektstruktur, realistische

Finanzierungsmodelle und eine sichtbare Umsetzung im Stadtbild. Das Welterbe muss wieder zu einem identitätsstiftenden und wirtschaftlich relevanten Faktor werden.

Tammert: Keine Antwort

Rahner: Einzelinteressen anhören, abwägen und Gemeinwohl prüfen. Bei Weltkulturerbe ist nicht nur die Stadt gefordert, hier sehe ich Bund und vor allem auch das Land BW mit in der Verpflichtung. Mit Einführung von zweckgebundenen Spendenkonten, die vom Gemeinderat durch Abstimmung dann zweckgebunden verwendet werden sollen. So könnten auch Gönner schadlos dauerhaft spenden. Dafür erhalten sie automatisch eine Spendenquittung und erhalten ein Namensschild mit Widmung an dem entsprechenden Objekt. Mit Leeren Kassen sehe ich nur die Möglichkeit klein anzufangen, damit überhaupt etwas geht und dann im Rahmen einer „roten Richtschnur“ langsam weiter ausbauen. Weltkulturerbe stellt ein zusätzliches Herausstellungsmerkmal für Touristen und Architekten in Ausbildung ganzjährig dar. Hotels, Gaststätten, der ÖPNV und das Land BW sowie die Stadt selbst profitieren davon und ist somit äußerst wichtig für die Stadt

2. Baden-Baden lebt vom Tourismus, der lahmt trotz hoher Marketing- und Personalaufwendungen. Ist das für Sie Chefsache?

Arpaschi: Ja. Die bestehenden Strukturen müssen verändert werden. Die bestehenden städtischen Gesellschaften haben versagt und müssen abgewickelt werden.

Jung: Ja! Der Tourismus in Baden-Baden muss ausgebaut werden. Ich möchte, dass Baden-Baden ein 365-Tage-Tourismus-Ziel wird. Das wird eine der wichtigsten Aufgaben sein, die ich anstoßen möchte. Das nationale und internationale Marketing muss gerade mit Blick auf den Welterbestatus verbessert werden. Baden-Baden lebt von seiner Strahlkraft, hat aber noch viel Potential als Kultur- und Wellness-Stadt, als Kongress- und Tagungsort wie als Wein- und Genussregion. Qualität und Authentizität stehen dabei für mich vor reiner Reichweite.

Hertweck: Ganz klares JA! Wenn mit Chefsache = OB gemeint ist.

Das heißt nicht zwingend, dass hier der OB operativ die Geschäfte führt, sondern sich in der strategischen Ausrichtung beteiligt und eine Aufsichtsfunktion über die operativen Geschäfte wahrnimmt.

Wischhusen: Ja, Tourismus ist für mich Chefsache. Baden-Baden lebt von seiner internationalen Ausstrahlung, seiner Kultur und seiner Gesundheitskompetenz. Diese Stärken müssen strategisch gebündelt werden. Ziel sind mehr hochwertige Kongresse und Veranstaltungen, eine stärkere internationale Positionierung sowie eine bessere Verzahnung von Kultur, Hotellerie, Gastronomie und Gesundheitswirtschaft. Gleichzeitig muss der Tourismus im Einklang mit der Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger stehen.

Tammert: ja auf jeden Fall und ohne Tochter GmbH

Rahner: Das funktioniert nur, wenn die OB-Stelle kein Dezernat und kein Fachgebiet leiten muss, denn nur dann ist die entsprechende Zeit dazu auch vorhanden. Diese Zeit hatten die zurückliegenden Personen auf der OB-Stelle nun mal nicht vom Gemeinderat erhalten. Eine Leitung eines Dezernates oder Fachgebietes hätte immer zur Folge vorrangig behandelt zu werden. Das will ich entsprechend umstellen. Wenn das gelingt,

dann steht hier ein ja zur Chefsache, zusammen mit ganzheitlichem Verkehr und dem ÖPNV

3. Baden-Baden führt seit Jahren eine Leitbilddiskussion. Was wäre Ihre Priorität?

Arpaschi: Natur – Kultur – Wein! Drei Aspekte, die Baden-Baden ausmachen.

Jung: Meine Priorität ist, aus der Leitbilddiskussion klare Handlungslinien abzuleiten. Die Strategieplanung der Stadt in der Fortschreibung 2030 gibt die richtige Orientierung: Baden-Baden als nationale und internationale Tourismus-, Kongress-, Gesundheits- und Kulturstadt, die Stärkung der städtebaulichen Qualität, den Ausbau des Wirtschaftsstandorts und eine umwelt- und stadtverträgliche Mobilität sind die Stichworte. Wichtig ist mir, dass dieses Leitbild von vielen getragen wird und nicht nur auf dem Papier steht.

Hertweck: Leitbilder müssen gemeinsam mit den Verantwortlichen erarbeitet werden, sonst ist es lediglich Text auf dem Papier! Generell ist der Leitbildprozess ein sehr intensiver Prozess, daher hier nur einige mögliche Prioritäten auf Basis meiner „Sichtweise“ eines möglichen Zukunftsbildes (nicht ausformuliert): Baden-Baden besitzt eine weltweite, positive Bekanntheit. Aufgrund ihrer großen, attraktiven Strahlkraft sind der Tourismusbetrieb, der Kunst-/Kulturbetrieb, die Gastronomie sowie der Einzelhandel gut ausgelastet. Baden-Baden bietet den Bürgerinnen und Bürgern aller sozialen Schichten, in der Kernstadt sowie den Ortschaften, eine hohe Lebensqualität, in einer attraktiven Umgebung, die als sicher, sauber und geordnet wahrgenommen wird. Baden-Baden unterstützt Gewerbetreibende, um Arbeitsplätze und Infrastruktur zu erhalten und bedarfsweise neu zu gestalten. Die Stadtverwaltung von Baden-Baden arbeitet mit gemeinsam getragenen Zielen (effektiv) und wirtschaftlich (effizient), ausgerichtet auf das Allgemeinwohl aller Bürgerinnen und Bürger. Die Gemeinderäte repräsentieren nicht nur parteipolitische Interessen, sondern ebenso die Interessen der Bürgerinnen und Bürger die sie vertreten. Der Finanzhaushalt der Stadt Baden-Baden ist transparent, ausgeglichen, schuldenfrei und bietet Handlungsspielräume für die Zukunftsgestaltung. Die gesamte Stadtverwaltung als auch der Gemeinderat handelt vorbildlich, ganz im Sinne eines gütlichen, menschlichen Gemeinwohls für Baden-Baden

Wischhusen: Baden-Baden braucht weniger Leitbilddebatten und mehr Umsetzung. Meine Priorität ist ein klares Zukunftsbild mit soliden Finanzen, einer starken Wirtschaft, einer lebendigen Innenstadt sowie lebens und lebenswerten Stadt- und Ortsteilen. Die Verwaltung muss verlässlich, effizient und serviceorientiert arbeiten. Wichtig ist mir, dass Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Bürgerschaft wieder gemeinsam an der Entwicklung unserer Stadt arbeiten.

Tammert: kulturell muss BB wieder auffallen wie in alten Zeiten. Unsere einmalige kulturelle Infrastruktur wieder neu beleben

Rahner: Einzelinteressen anhören, abwägen und Gemeinwohl prüfen, Schutz von Personen, Radlern sowie das Notfall- und Gemeinwohlinteresse mit ÖPNV-Linien haben beim Umbau von Verkehrsführungen absoluten Vorrang und werden in meinen Vorschlägen gewahrt

4. Impulse für die Belebung der Innenstadt und Altstadt benötigen Investitionen – Sie verwalten leere Kassen. Sind Sie für mehr verantwortliche Übertragung auf die Partner aus Handel, Gewerbe und Gastronomie?

Arpaschi: Ja. Die Betroffenen müssen entscheiden können, wie das Marketing zu laufen hat. Nicht eine städtische Gesellschaft mit Frau Waggershauser an der Spitze.

Jung: Wir brauchen ein komplett neues Konzept für eine Innenstadt 2.0. Erfahrungen aus anderen Städten zeigen: reine Einkaufsstraßen sind passé. Wir müssen einen Erlebnisbereich Innenstadt schaffen mit Geschäften, Cafés, mehr Begrünung und Sitzplätzen. Ich bin für einen partnerschaftlichen Ansatz – mit der Stadt als Möglichmacher, den Gastronomen, Händlern und Gewerbetreibenden als wichtigen Partnern für ein gemeinsames Ziel: die Innenstadt als Erlebnisraum neu definieren.

Hertweck: Der Leerstand ist nicht direkt, sondern nur indirekt in der Verantwortung der Stadtverwaltung. Die Stadt hat nur begrenzten Einfluss darauf, wie Leerstand „befüllt“ wird, kann aber Einfluss über eine positive oder negative Genehmigung auf bestimmte Geschäftsansiedelungen nehmen. Die Innenstadt bedarf einer Belebung über Tourismus und Besucher. Dabei muss das Angebot und die Nachfrage abgeglichen bzw. aufeinander ausgerichtet werden. Solvente Besucher kaufen nicht im 1 Euro Laden, junge Besucher kaufen nicht zwingend in der Kurhaus Kolonnade ein, viele Bürgerinnen und Bürger von Baden-Baden nutzen gerne den Amazon-Click anstatt den Stadtbesuch, auch der teuren Parkmöglichkeit oder teuren KVV geschuldet. Weitere Möglichkeiten seitens der Stadt sind: Drohender Leerstand vermeiden, präventive Gesprächsaufnahme um Leerstand abzuwenden. Einrichten einer Vermittlungsstelle bzgl. Leerstandskapazität um Interessenten über Leerstand zu informieren und an Eigentümer zu vermitteln (könnte mit Makler kollidieren). Mit erfolgreichen Betreibern sprechen, was den Erfolg ausmacht der dann non-competitive auf schwächelnde Betreiber übertragen werden kann. Generelle Innenstadtbelebung (siehe oben). Ggf. Eigentümer zum Verkauf motivieren, so dass agilere Marktteilnehmer den Leerstand konvertieren

Wischhusen: Die Belebung der Innenstadt ist eine zentrale Zukunftsaufgabe. Angesichts knapper öffentlicher Mittel wird sie nur in enger Partnerschaft mit Handel, Gastronomie, Hotellerie, Eigentümern und Investoren gelingen. Ich setze auf verbindliche Kooperationen, neue Nutzungskonzepte und gezielte Impulse für Leerstandsreduzierung und Aufenthaltsqualität. Die Stadt muss moderieren, Planungssicherheit schaffen und Projekte ermöglichen.

Tammert: ins Gespräch gehen mit Vermietern. U.U. als Stadt als Mieter einspringen u. Künstler in die Läden holen - günstigere Miete dafür Provision vom Verkauf. Das wäre schöner und passender fürs Stadtbild und für den Tourismus

Rahner: Impulse von privaten Personen oder Firmen in der Innenstadt funktionieren nur in einer Zusammenarbeit mit der Kommune, soll Heisen: Eine privat geführte Belebung der Innenstadt sollte nur unter vorheriger Absprache mit und im Sinne der Kommune geplant sein, also keine privaten Alleingänge! Die Erlaubnishoheit bleibt dennoch bei und in der Verantwortung der Kommune. Das Finanzrisiko tragen die Privatpersonen oder Firmen, die für diese Veranstaltung verantwortlich zeichnen, in eigener Verantwortung. Dies auch damit der Verkehr nicht zusammenbricht oder zur gleichen Zeit zu viele private Großveranstaltungen auf engem Raum vorhanden sind oder zu

viele Personen sich drängen müssen. Anwohner, Gäste und Kurtreibende in der Innenstadt brauchen auch mal zwischendurch eine Pause / Nachtruhe. Daher sollten Großveranstaltungen nicht nur in der Innenstadt, sondern auch auf andere Stadtteile gleichmäßig verteilt werden. Einzelinteressen anhören, abwägen und Gemeinwohl prüfen, wird in diesem Punkte immer erforderlich sein, da Art und Ausmaß nicht ausufern dürfen.

5. Seit Jahren sind grundsätzliche Verkehrsleit- und Lenkungsprobleme nicht gelöst. Die Erreichbarkeit der Innenstadt wird für Bürger und Gäste immer unattraktiver. Hat ein Generalverkehrsplan, auch für ruhenden Verkehr und ausuferndem Bustourismus Priorität bei Ihnen?

Arpaschi: Nein, Baden-Baden hat allenfalls ein punktuelles Verkehrsproblem, welches mit punktuellen Maßnahmen angegangen werden muss (Weihnachtsmarkt, Großveranstaltungen). Stuttgart, Karlsruhe oder München haben ein Verkehrsproblem, Baden-Baden nicht.

Jung: Ja. Wir brauchen schnellstmöglich ein integriertes Mobilitäts- und Verkehrskonzept und müssen es auch in die Realität umsetzen. Gerade vor dem Hintergrund der Großbaustellen der kommenden Jahre.

Hertweck: Ja, insb. zur Herstellung eines effizienteren Verkehrsflusses! Wir müssen Bus-Haltestellen direkt im Verkehrsfluss auf den Straßen vermeiden statt fördern. Wir haben noch auf absehbare Zeit einen Mix aus Individualverkehr und ÖPNV, der muss im Verbund effizient laufen. Die aktuelle Verkehrsplanung hat dazu geführt, dass sich beide Ansätze gegenseitig behindern.

Wischhusen: Ein integrierter Mobilitäts- und Verkehrsplan hat für mich hohe Priorität. Ziel ist eine bessere Erreichbarkeit der Innenstadt für Bürger und Gäste, eine spürbare Entlastung vom Durchgangs- und Parksuchverkehr sowie eine intelligente Steuerung des Besucher- und Bustourismus. Dazu gehören auch ein funktionierender ruhender Verkehr, eine Stärkung des ÖPNV und die Berücksichtigung von Barrierefreiheit. Nur ein Gesamtkonzept schafft nachhaltige Lösungen.

Tammert: großer Hinweis am Verfassungsplatz dass die City auch über den Tunnel erreichbar ist um den Verkehrsstrom zu teilen.

Rahner: Wie sie aus der Vergangenheit noch wissen, habe ich der Stadt und dem Gemeinderat in Auszügen aus meinen privaten, ganzheitlichen Verkehrsplänen unterbreitet..Das werde ich zur Chefsache machen und je nach Finanzmittel zur Funktionalität schnellstens umsetzen, da ich in dieser Sache nur für Baden-Badener Verhältnisse ein Expertenwissen verfüge. Dazu gehören die Beschleunigung und Pünktlichkeit des ÖPNV sowie 2-3 Stunden nach Veranstaltungsende einer Veranstaltung eine Bustaktung von der Veranstaltung in alle Ortsteile und zurück dauerhaft anzubieten sowie einen Stündlichen HALT im Zeitraum von 01 Uhr bis 05:30 Uhr anzubieten. Voraussetzung hierfür ist, dass mehr Einwohner auf das Deutschlandticket dauerhaft, neben ihrem Auto, umsteigen. Hierzu sollte der Baden-Badener Gemeinderat, in welcher Form auch immer, einen Anreiz schaffen.

6. Das Neue Schloss bröckelt von Jahr zu Jahr progressiver vor sich hin. Was sind Ihre Pläne?

Arpaschi: Der Denkmalschutz für das Neue Schloss muss reduziert werden und sollte sich nur auf die Gebäudehülle (inklusive aller Nebengebäude) erstrecken. Der Innenraum muss einer zeitgemäßen Nutzung (wir leben im 21. Jahrhundert!!) angepasst werden können, ohne, dass das Denkmalamt mitredet.

Jung: Der aktuelle Zustand des Schlosses ist untragbar. Ich werde selbstverständlich Gespräche mit den Eigentümern führen, ob und wie es nach Aufhebung des Bebauungsplans weitergehen kann. Wir brauchen Perspektiven zum Erhalt und für die Nutzung dieses zentralen Bauwerks. Eine Enteignung ist Ultima Ratio. Vorbild könnte das Schloss Reinhardsbrunn in Thüringen sein. Gleichzeitig braucht es aber einen Plan, woher die finanziellen Mittel in beträchtlicher Höhe zur Sanierung und zum Erhalt des Schlosses kommen sollen.

Hertweck: Mit zwingender Gesprächsaufnahme der Besitzer, wohl wissend, dass dies in der Vergangenheit versucht wurde und als schwierig bis unmöglich erachtet wurde. Aus meiner Sicht hat man hier naiv Ansätze gefahren, insb. vor dem Hintergrund anderer Kulturkreise. Es gilt, Brücken aufzubauen, aber nicht mit „deutscher“ Überheblichkeit. Ich bin äußerst zuversichtlich, Bewegung in dieses Thema zu bringen. Aber das ideologische Ego einiger weniger in der Stadt bzgl. Denkmalschutz, was auf dem Berg geht und nicht geht, muss einem pragmatischen Ansatz weichen, mit der Absicht, dass überhaupt etwas Sinnvolles geht!

Wischhusen: Das Neue Schloss ist ein bedeutendes Wahrzeichen Baden-Badens. Der fortschreitende Verfall ist nicht akzeptabel. Ich werde das Gespräch mit Eigentümer, Land und möglichen Partnern suchen, um eine tragfähige Perspektive für Erhalt und Nutzung zu entwickeln. Ziel muss sein, den weiteren Substanzverlust zu stoppen und eine langfristige Lösung im Interesse der Stadt zu ermöglichen.

Tammert: BB die einstige Sommer Hauptstadt Europas war schon immer Mittelpunkt der Kultur. Viele berühmte Künstler schufen hier ihre Werke. Die Kulissen stehen noch aber sie verfallen. Gerade das neue Schloss wäre für mich das Zentrum von allem: im EG entsteht eine Elite Universität der Musik Künste. Im OG sollen die virtuosesten Studenten wohnen um in dieser Kulisse auch privat das perfekte künstlerische Umfeld zu erleben. Der SWR ermöglicht uns die perfekte Übertragung in die Welt. Überall in der Stadt dürfen die Studenten ihr Können präsentieren vor großer und kleiner Kulisse. Kein Ort der Welt bietet solche Möglichkeiten: Theater Benazet Saal Festspielhaus Pavillon in der Allee Marktplatz die Muschel Rennbahn. Auch andere Musikhochschulen Karlsruhe Mannheim Freiburg einbinden. Kultivierter Tourismus, nationale und internationale Reputation würde zu neuem Aufschwung führen. Die Hotels profitieren (über eine Bettensteuer könnte man dann nachdenken). Ganz BB würde zu einer Theaterbühne

Rahner: Der Leerstand geht an die Bausubstanz und muss beendet werden. Es gehört zum Kulturerbe. Notfalls müssen Bund, Land, Denkmalschutz, Stadt und Gönner (oder über eine Stiftung) einen Rückkauf anstreben. Druck und Verhandlungen gegenüber der jetzigen Besitzerin ist unabdingbar erforderlich

7. Die Qualität des öffentlichen Raums nimmt wegen Unterfinanzierung rapide ab. Wie wären Ihre Investitionsprioritäten?

Arpaschi: Von der Innenstadt ausgehend (Fußgängerzone, Sophienstraße) über die Lichtentaler Allee in die Wohngebiete hinein. Zuerst dort, wo Aufenthaltsqualität finanzielle Zuflüsse fördert.

Jung: Der öffentliche Raum ist die Visitenkarte unserer Stadt. Meine Investitionsprioritäten für die Verbesserung der Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum liegen bei Sauberkeit, Grünpflege, Beleuchtung und dem Erhalt zentraler Plätze und Wege im Rahmen des Konzeptes Innenstadt 2.0. Investitionen müssen gezielt dort erfolgen, wo sie den Alltag der Menschen spürbar verbessern.

Hertweck: Da verweise ich auf meine Ausführungen weiter oben. Zusätzlich: mehr Polizei- und Ordnungsamt-Präsenz, insb. aktiveres Verhalten der Polizei bei Delikten, bei denen die Polizei der Verwaltungsaufwand zu mühselig erscheint. Street-Worker die Obdachlose ansprechen und Hilfe, im Idealfall zur Resozialisierung anbieten. Empfindliche „lokale“ Strafen, z.B. bei Graffiti, Vermüllung, unerlaubte Abfallentsorgung. Platzverweise bei rechtswidrigem Verhalten im öffentlichen Raum

Wischhusen: Ein gepflegter öffentlicher Raum prägt das Bild unserer Stadt und entscheidet über Lebensqualität und touristische Attraktivität. Priorität haben Sauberkeit, Sicherheit, Pflege von Plätzen, Grünanlagen und Infrastruktur. Investitionen müssen klar priorisiert und dauerhaft finanzierbar sein. Es geht darum, vorhandene Mittel gezielt einzusetzen und die Qualität sichtbar zu verbessern.

Tammert: mit meiner Neustadt wieder finanziell auf die Beine kommen- mit mehr Einnahmen lassen sich viele Probleme lösen

Rahner: Zunächst sollte über den Städtetag das Geldflussproblem mit Bund und Land BW und allen Kommunen für die kommende Zukunft geregelt sein. Dann sollte ebenfalls über den Städtetag mit Bund und Land die unverschuldete Schuldentilgung, eingeschlossen die Zinsschuld, geregelt sein. Denn es ist offenkundig, dass vor 2014 die Kommunen gut aufgestellt waren und Pflichtaufgaben sowie freiwillige Aufgaben gut eigenständig regeln konnten. Bis dahin kann man nur hoffen, dass hierzu über zweckgebundene Spenden genügend Gönner sich zu Spenden hinreißen lassen. Für ein schöneres Stadtbild sind von Grundstücksbesitzer, Mieter bis hin zur Stadt alle Gruppen gefordert mit Spenden, Patenschaften und Ehrenamt zu Grünflächen, Waldhütten, Spielplätzen und Sitzbänken. Bei sicherheitsrelevanten Vorgängen muss die Stadt handeln

8. Was halten Sie von Entschleunigung des Verkehrs mittels durchgehender Tempolimits und verkehrsberuhigter Zonen?

Arpaschi: Ein durchgehendes Tempolimit von 50 Km/h gibt es in Deutschland innerorts bereits. Da wo sinnvoll, bin ich auch für Tempo-30- oder verkehrsberuhigte Zonen. Eine pauschale Regelung lehne ich ab, der Einzelfall muss betrachtet werden.

Jung: Die bereits von der Stadtverwaltung verkündeten neuen Tempolimits sind richtig. In den Wohngebieten müssen wir die Menschen noch besser vor Lärm und Schmutz schützen. Ob es weitere Beschränkungen geben muss, sollte nach ersten Erfahrungen mit diesen Tempolimits entschieden werden.

Hertweck: Das ist eine bedarfsgerechte Entscheidung, je nach Situation vor Ort, d.h. kein pauschales Ja oder Nein.

Wischhusen: Verkehrsberuhigung kann die Aufenthaltsqualität erhöhen und die Sicherheit verbessern. Sie muss jedoch Teil eines abgestimmten Gesamtkonzepts sein, das Erreichbarkeit, Anwohnerinteressen und wirtschaftliche Belange berücksichtigt. Ziel ist ein ausgewogenes Verhältnis von Mobilität und Lebensqualität.

Tammert: richtig

Rahner: Reduzierung Verkehrslärm, Feinstaub & der Abgaswerte. Schluss mit 50 km/h - 30 km/h - 50 km/h – ZONE 30 – 50 km/h innerhalb eines Straßenzuges usw. daher soweit möglich ab Ortsschild i.g.O. = 40 km/h. Wegen Lärm, Kur-/Veranstaltungsbetrieb & kreuzende Radfahr-/Fußgängerüberwege, Wohngebiete verbleiben bei 30 km/h. Ziel ist es einen gleichmäßigeren Verkehrsfluss und damit niedrigere Abgaswerte in der Luft und mit Einbahnstraßen niedrigere, gleichmäßigere Lärmbelastung erzielbarer zu machen. Reduzierung Verletzte/-unfallfolgekosten, weniger Schilder sind die Folgen daraus und eventuell käme dann auch mal wieder der „Luftkurort“ zum Tragen. Hilfreich kann auch mal ein verkehrsberuhigter Bereich sein

9. Was halten Sie von digitaler Offenlage aller kommunalen Aktivitäten und damit verbundener Bürgerbeteiligung?

Arpaschi: Ich befürworte vollständige Transparenz. Alle Verträge, die die Stadt eingeht, sowie alle Verträge der stadteigenen Gesellschaften sollten öffentlich gemacht werden.

Jung: Mehr Transparenz der Verwaltung ist notwendig, um die Akzeptanz von Entscheidungen zu erhöhen. Bürgerinnen und Bürger sollen außerdem frühzeitig über wichtige Projekte informiert werden und sich leichter einbringen können.

Hertweck: Ich bin für größtmögliche Transparenz. Daher klares Ja!

Wischhusen: Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen sind mir wichtig. Eine moderne Verwaltung sollte Projekte, Planungen und Entscheidungen digital zugänglich machen und verständlich kommunizieren. Digitale Angebote können Information, Beteiligung und Vertrauen stärken.

Tammert: Keine Antwort

Rahner: Nicht alle kommunale Aktivitäten können im Vorfeld unter Bürgerbeteiligung stehen, denn damit würde man Spekulanten =Tür und Tor öffnen=. Dies gilt für Kostenvoranschläge und für einen Ver- oder einen Kaufabschluss, erst danach sollte eine digitale Offenlage stattfinden (soweit rechtlich möglich). Vorgänge, die durch Spekulanten nicht beeinflussbar sind, sollten und könnten von Beginn an digital öffentlich abgehandelt werden (soweit rechtlich möglich)

10. Platzgestaltungen, öffentliche Denkmäler, Straßennamen, etc. werden ohne vorherige öffentliche Diskussion, an der Bürgerschaft vorbei vorentschieden. Werden Sie vermehrt auf die Möglichkeit von Bürgerbeteiligung (digitales Beteiligungsportal) setzen?

Arpaschi: Bürgerbeteiligung hat meine volle Unterstützung.

Jung: Ja, hier sehe ich klaren Verbesserungsbedarf. Bei Themen wie Platzgestaltungen oder Denkmälern sollte die Bürgerschaft frühzeitig eingebunden werden. Ich möchte eine BAD-App einführen, die eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an diesen Entscheidungen leichter ermöglicht.

Hertweck: Ja, wenn finanziell machbar, in der Regel der Fall. Voraussetzung einer guten, sachlichen Bürgerbeteiligung sind gut informierte Bürgerinnen und Bürger. Generell unterstütze ich eine digitale Beteiligung der Bürger an solchen Entscheidungen

Wischhusen: Bei wichtigen Fragen der Stadtentwicklung sollten Bürgerinnen und Bürger frühzeitig einbezogen werden. Ich halte digitale Beteiligungsformate für eine sinnvolle Ergänzung zu klassischen

Tammert: ja macht Sinn

Rahner: Grundsätzlich ja, aber mit nachstehender Einschränkung. Einzelinteressen anhören, abwägen und Gemeinwohl prüfen, Schutz von Personen, Radlern sowie das Notfall- und Gemeinwohlinteresse mit ÖPNV-Linien haben beim Umbau von Verkehrsführungen absoluten Vorrang und werden in meinen Vorschlägen gewahrt. Im Gemeinwohlinteresse kann es also durchaus vorkommen, dass zur Umsetzung eines ganzheitlichen Verkehrsplanes oder einer neuen ÖPNV-Linienführung, trotz Bürgerbeteiligung und eventuell eines berechtigten Einzelinteresses, es zu einer anderen Lösungsform kommen kann. Diesen Kompromiss sollten dann alle Beteiligte immer vor Augen haben und im Gemeinwohlinteresse akzeptieren

11. Die Stadtsauberkeit, besonders in den Fußgängerzonen, wartet seit Jahren auf eine Lösung im Sinne eines angemessenen Kurstadtambientes. Hat das bei Ihnen Priorität?

Arpaschi: Finanzen und Sauberkeit haben bei mir erste Priorität!

Jung: Gerade in einer Kur- und Tourismusstadt muss der öffentliche Raum gepflegt und einladend sein. Das erfordert ausreichende Ressourcen und regelmäßige Kontrollen. Auch dies ist Teil des Konzeptes Innenstadt 2.0.

Hertweck: Ganz klar Ja! Siehe meine Ausführungen oben. Die Stadtsauberkeit ist eine Aufgabe die konsequent angegangen werden muss. Sauberkeit muss im Bedarfsfall schnell hergestellt werden, z.B. Graffiti nicht monatelang „hängen“ lassen, sondern umgehend entfernen. Auch gilt es an die Verursacher zu appellieren, dass dieses Verhalten nicht unseren Grundsätzen eines gütlichen Miteinanders entspricht und auch rechtlich Konsequenzen nach sich zieht

Wischhusen: Sauberkeit, Ordnung und Sicherheit sind Grundvoraussetzungen für ein angemessenes Kurstadtambiente und für das Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger. Dieses Thema hat für mich hohe Priorität. Es braucht klare Zuständigkeiten, ausreichende Ressourcen und konsequente Umsetzung.

Tammert: im Auge behalten aber finde ganz ok

Rahner: Grundsätzlich ja, aber. Hierbei sehe ich die Grundstücksbesitzer und Mieter gem. der Satzung der Stadt Baden-Baden erstmal vordringlich in dieser Verpflichtung (auch an Sonn- und Feiertagen). Dies gilt für Gehwege sowie bei keinem Vorhandensein eines Gehwegs in einer Tiefe bis 1,00 m von Grundstückskante in die Fahrbahn hinein. Ist die Fahrbahn breiter so wird das verbleibende Mittelstück der

Fahrbahn von der Kommune, per Kehrmaschine, gereinigt. Dies wäre dann in einer Fußgängerzone oder in einem verkehrsberuhigten Bereich der Fall. An Sonn- und Feiertagen kann die Reinigung ohne Probleme morgens durchgeführt werden. An Werktagen werden Reinigungsteams der Stadt durch Lieferfahrzeuge und Anwohnerfahrzeuge in ihrer Arbeit behindert. Dazu müssen noch Lösungsansätze gesucht werden

12. Die Ortsteile bringen ihre Interessen durch selbstbewusste Ortschaftsräte ein. Die Innenstadt hat für ihre Probleme kein Forum. Würden Sie das ändern?

Arpaschi: ich finde es wünschenswert, dass die Innenstadt ein gleichwertiges Gremium bekäme, wie die Außenstadtteile.

Jung: Ich glaube, wir haben ausreichend Foren und Gremien in der Stadt. Bei künftigen Kommunalwahlen einen 5. „Ortschaftsrat“, der sich um die Belange der Innenstadt kümmern soll, wählen zu lassen, halte ich nicht für notwendig. Wir wollen Bürokratie abbauen und die Verwaltung verschlanken, da wäre ein derartiger Plan kontraproduktiv.

Hertweck: Wenn dem so ist, ja. Der Stadtkreis muss in seiner Zusammensetzung in Summe zu 100% repräsentiert sein

Wischhusen: Die Innenstadt benötigt eine stärkere organisatorische Stimme. Ich kann mir regelmäßige Dialogformate oder ein strukturiertes Innenstadtforum vorstellen, in dem Anliegen von Bürgern, Gewerbe und Institutionen gebündelt und Lösungen gemeinsam entwickelt werden. Ziel ist eine bessere Abstimmung und schnellere Umsetzung von Maßnahmen.

Tammert: ja - gehören auch zur Stadt

Rahner: Das sehe ich nicht ganz so. Für die Innenstadt sind zuallererst die Gemeinderätinnen / Gemeinderäte zuständig. Bzw. besteht für jede Bürgerin / Bürger in den öffentlichen Sitzungen ihr Anliegen mündlich oder im Rathaus auch schriftlich vorzubringen. Sollte das nicht funktionieren, wären als nächste Ebene die Bürgermeister mit ihren Bürgersprechstunden an der Reihe. Wenn das auch nicht hilft, so wäre die Oberbürgermeisterin / Oberbürgermeister als letzte Instanz dafür zuständig. Damit der Dienstbetrieb funktioniert wäre in erster Linie diese Reihenfolge einzuhalten